

**Zeitschrift:** Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

**Herausgeber:** Schweizerischer Fourierverband

**Band:** 67 (1994)

**Heft:** 7

  

**Artikel:** Die Herausforderung der Armut

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-519863>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Herausforderungen der Armut

Die «Bewirtschaftung» des Mangels war eine permanente Aufgabe der sozialistischen Volkswirtschaften, die dafür oft belächelt wurden. Tatsächlich ist aber die Armut ein weltweites Problem, und zwar auf unabsehbare Zeit. Selbst in der Schweiz mit ihrer üppigen Sozialversorgung ist die Armut wieder ein Thema geworden. Sehr viel stärker betroffen sind jedoch einige Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die osteuropäischen Länder und – hinlänglich bekannt, aber immer wieder gern verdrängt – in ganz besonderem Masse die Länder der Dritten Welt.

### Das Problem der Überbevölkerung

Wenn die Schätzungen der Vereinten Nationen zutreffen, wird die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2025 von 5,2 Milliarden auf 8,2 Milliarden Menschen anschwellen. Dabei soll die Wachstumsrate in den Industrieländern höchstens 5 Prozent erreichen, in den Entwicklungsländern dagegen über 20 Prozent. Damit dürfte sich der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltbevölkerung von heute 77 Prozent (3,4 Milliarden Menschen) verschieben auf 84 Prozent (6,8 Milliarden). Der seit Jahren anhaltende Wanderungsdruck auf die Industrieländer könnte im nächsten Jahrhundert noch sehr viel stärker zunehmen, wenn sich die Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern nicht nachhaltig bessern.

Dass sie sich verbessern lassen, ist mittlerweile hinreichend bewiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren China, Indien, Korea, Mexiko, aber auch Japan und Deutschland Entwicklungsländer (wenn auch solche mit weitgehend intakten Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen). Mittlerweile fallen Indien, Mexiko und Brasilien nicht mehr unter die Entwicklungsländer, und China ist auf dem Weg zu einer Weltwirtschaftsmacht. Ausserdem haben Länder wie Singapur, Taiwan und Malaysia eine stürmische Entwicklung hinter

sich. «Even the saddest of today's developing countries are capable of developing», heisst es im Economist zusammenfassend.

Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität ist jedoch eine gekonnte Entwicklungspolitik, die sich viele Geber- und Empfängerländer erst mühsam aneignen mussten. Die Beispiele missbräuchlicher Verwendung der eingesetzten Mittel sind zahllos. Ein mit Entwicklungshilfegeldern aufgeblähter Staatsapparat, der mehr an sozialistischen Experimenten interessiert war, behinderte häufig jeden ökonomischen Aufschwung. Aber vollständig liess sich private Initiative nirgends unterbinden. «Die Wirtschaft wächst nachts, wenn die Regierung schläft», lautet ein beliebtes Bonmot in Lateinamerika.

### Förderung armer Regionen in der EG

Für Strukturhilfen stehen der EG-Kommission in Brüssel in den kommenden sechs Jahren (1994-1999) 141 Milliarden ECU (163 Milliarden US-Dollar) zur Verfügung. Die Mittel kommen Regionen zugute, deren wirtschaftliche Ertragskraft 75 Prozent des EG-Durchschnitts nicht übersteigt. Von Strukturhilfe (für das letzte Programm standen 96 Milliarden ECU zur Verfügung) profitierten bisher im wesentlichen Spanien, Portugal, Irland und Griechenland. Vom neuen Strukturhilfeprogramm

wollen auch Grossbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Italien (für die Abruzzen und den Süden), ganz besonders jedoch die Bundesrepublik (für Ostdeutschland) einen angemessenen Anteil ergattern. Würde diesen Anliegen entsprochen, gingen 36 Milliarden ECU an Länder, die sich bisher zu den reichen in der EG zählten.

### Hilfe für Drittwelt-Länder

Die UNO pflegte in regelmässigen Abständen an die reichen Staaten zu appellieren, wenigstens 0,7 Prozent ihres Volkseinkommens für die Entwicklungshilfe zu verwenden. Nur Norwegen, Dänemark, Schweden und die Niederlande halten sich an diese Vorgabe. Elf der wohlhabenden Industriestaaten geben deutlich weniger. Die Schweiz ex aequo mit Kanada und vor der Bundesrepublik liegt in dieser Elfer-Gruppe im Mittelfeld. Relativ am wenigsten geben die USA, Japan und Spanien. Nicht berücksichtigt in dieser Statistik ist die private Hilfe, die beispielsweise in der Schweiz die staatlichen Transferleistungen übersteigt. Die USA verwenden zwar nur 0,3 Prozent ihres Nationalprodukts für die Entwicklungshilfe, doch das sind 12 Milliarden Dollar, in absoluten Zahlen der höchste Betrag, und 17 Prozent aller staatlichen Hilfgelder (70 Milliarden Dollar), die 1992 in die Dritte Welt flossen.

Die breiten Erfahrungen im Umgang mit der Entwicklungshilfe lassen sich heute im wesentlichen in sechs Punkten zusammenfassen:

– Wichtig ist zunächst die Förderung der Landwirtschaft, um die Versorgung (und Beschäftigung) der Bevölkerung zu sichern, soweit die geographischen Gegebenheiten das zulassen.

## Neues Konzept für Strategische Schulung

**Der Bundesrat hat ein neues Konzept für die Schulung der höchsten Entscheidungsträger des Bundes, die mit der Strategischen Führung betraut sind, verabschiedet.**

emd. Die Strategische Schulung soll mithelfen, dass Regierung und Parlament ihre sicherheitspolitische Verantwortung effizient, lage- und zeitgerecht wahrnehmen können. Vorgesehen sind unter anderem periodische Seminare, Stabsübungen und Alarmübungen von kurzer Dauer. Der Bundeskanzler ist für die zentrale strategische Schulung verantwortlich. Er wird dem Bundesrat Durchführungsmodus und Thema nach Massgabe der sicherheitspolitischen Lageentwicklung beantragen.

Das Schulungsangebot richtet sich an die Generalsekretäre der Departemente und die Informationschefs von Bundeskanzlei und Departementen, deren Stellvertreter sowie an die Sonderstäbe des Bundesrats und der eidgenössischen Departemente zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen.

Eine nächste Strategische Führungsübung ist für 1997 vorgesehen. Ihre Thematik soll sich vorwiegend mit zivilisatorischen und wirtschaftlichen Problemen befassen.

- Dann folgt die Exportförderung von Agrarprodukten, soweit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. (Das kann aber nur funktionieren, wenn die Industrieländer ihren Agrarmarkt öffnen!)
- Aufbau einer arbeitsintensiven, technisch nicht zu ambitionierten Exportindustrie; Verzicht auf prestigeträchtige Industrieprodukte, mit denen zu viele Entwicklungsgenerationen übersprungen werden sollen.
- Aufbau funktionierender marktwirtschaftlicher Strukturen.
- Kontrolle der Hilfsgelder, um ein Versickern in Regierung und Bürokratie zu verhindern.
- Differenzieren zwischen wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe in der Entwicklungspolitik.

Die wirtschaftliche Unterstützung kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein (im Sinne der Subsidiarität), sonst ist sie falsch konzipiert. Humanitäre Hilfe dient zur Linde-

rung unmittelbarer Not. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausreicht, kann sie durchaus von Dauer sein.

### Die Hilfe an Russland

Die Länder der Dritten Welt sorgen sich gelegentlich, dass die Unterstützung zugunsten Russlands zu ihren Lasten ginge. Insbesondere in einer rezessiv geprägten Zeit, in der die Mittel knapper werden. Diese Sorge ist berechtigt: Die A-fonds-perdu-Zahlungen an die Dritte Welt beliefen sich 1992 auf 70 Milliarden US-Dollar und erhöhten sich im letzten Jahr nur minim. Dagegen vereinbarten die Vertreter der sieben wichtigsten Industriestaaten (G7) auf ihrer Konferenz in Tokio allein für Russland 40 Milliarden US-Dollar bereitzustellen (einschliesslich Schuldenerleichterungen). Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass von einer Stabilisierung Russlands auch

die Staaten der südlichen Hemisphäre profitieren.

Wie wirksam die Unterstützung für Russland ist, wissen selbst Russland-Kenner nicht so genau. Sie sind sich jedoch alle einig, dass die Hilfe jenen Weg erleichtert, den Russland aber selber finden muss. Auch der psychologische Aspekt der Hilfe ist nicht zu unterschätzen. Nachdem die westlichen Demokratien jahrzehntelang als blutsaugende Plutokratien beschrieben wurden, erlebt die Bevölkerung jetzt, dass dort Menschen leben, die den in Not geratenen zu Hilfe kommen. Je stärker sich der Eindruck festigt, nicht allein zu stehen, sondern unterstützt zu werden beim Versuch, wieder auf die Beine zu kommen, desto geringer wird die Gefahr einer erfolgreichen «Konter-Revolution».

Wichtig ist auch, dass der «Collapse of the center», wie der Reformpolitiker Jegor Gaidar den Zusammenbruch des Zentralismus genannt hat, einigermassen kontrolliert und ohne Gefahr für die russische Identität abläuft. Dass sich die vielen Teilrepubliken und Regionen möglichst autonom organisieren und aus der Abhängigkeit von Moskau lösen, ist angesichts der Grösse des Landes unvermeidlich und auch richtig. Nur sollten genügend gemeinsame Strukturen erhalten bleiben, um ein Zusammenrücken in einer späteren Phase problemlos zu ermöglichen. Sowie Russland mit seinen gewaltigen geistigen und materiellen Ressourcen wieder Tritt gefasst hat, wird es sich rasant erholen und als alte Kultur-nation mit einem klaren, selbst auferlegten Missionsauftrag seinerseits die Herausforderung der Armut annehmen.

Aus dem Wochenbericht der «Bank Julius Bär»